



MONITOR RELIGION UND POLITIK

KEIN FRIEDE, NIRGENDS. 1917 – DER PAPST UND DIE SUCHE NACH EINEM WEG AUS DEM KRIEG

Birgit Aschmann

In aller Kürze ...

- Nach dem Verlust realer politischer Macht nach 1870 suchte Papst Benedikt XV. als moralischer Akteur neues Gewicht in der Politik zu gewinnen.
- Nach der Friedensresolution im Deutschen Reichstag setzte der Papst auf einen Erfolg seiner Friedensinitiative. Dafür arbeitete der Nuntius Pacelli im Vorfeld eng mit Matthias Erzberger zusammen.
- Hinter dem Scheitern der päpstlichen Initiative standen unterschiedliche Denkstrukturen und Wertehierarchien. Selbst nach drei Kriegsjahren war der Wille, den Krieg bis zu einem Sieg der eigenen Nation weiterzuführen, ungebrochen. Die Reaktionen europäischer Katholiken zeigen, wie tief der Nationalismus in den Gesellschaften verwurzelt war.
- Der Zugang einer „moral history“ verknüpft Religions-, Emotions- und Politikgeschichte. Er hilft zu verstehen, unter welchen Bedingungen politische Initiativen scheitern oder erfolgreich sein können.

Im Abstand von 100 Jahren erinnert sich die europäische Öffentlichkeit an die Ereignisse des Ersten Weltkriegs. Im Jahr 2014 standen die Umstände des Kriegsbeginns im Mittelpunkt. 2016 wurde an Verdun erinnert. Zu Beginn dieses Jahres erschienen in den großen überregionalen Zeitungen Berichte über das „Schlüsseljahr“ 1917. Es gilt als das „Epochenjahr der Weltgeschichte“¹; mit ihm ließ Hans Rothfels die „Zeitgeschichte“ beginnen.

So problematisch diese Bezeichnung auch heute sein mag, unstrittig ist der Zäsurcharakter des Jahres 1917. Schon den Zeitgenossen war klar, dass mit der „russischen Revolution (...) und der Einmischung Amerikas in Europa“ ein neuer Abschnitt der Weltgeschichte beginnen würde.² Der Krieg wurde jetzt, 1917, wirklich global: Sowohl das revolutionäre Konzept Lenins als auch die Demokratiemission des amerikanischen Präsidenten Woodrow Wilson zielten auf die Veränderung der Welt.

In Anbetracht der fatalen Folgen des Jahres 1917 ist es zwar kontrafaktische Geschichte, gleichwohl aber lehrreich, sich vorzustellen, welchen Verlauf die Geschichte hätte nehmen können und – vor allem – was der Welt alles erspart geblieben wäre, wenn sich die europäischen Mächte in diesem Jahr auf einen Frieden hätten einlassen können. Während den Anfängen von Kriegen als auch deren Beendigung gewichtige Studien gewidmet sind, wurde die Frage, warum Friedenschancen vergeben werden, noch nicht hinreichend untersucht. Dabei stand 1917 eine ethische Verantwortung im Raum, die nicht weniger schwer wog als jene zu Beginn des Krieges. Wussten die verantwortlichen Staatsmänner im Juli 1914 vielleicht noch nicht, was ein moderner Krieg im industriellen Zeitalter bedeutete, so galt dieses entlastende Moment drei Jahre später nicht mehr. Umso zentraler ist die Frage, warum sich die Staaten im Jahr 1917 nicht auf eine Friedensperspektive einließen, wenn sie denn realistisch war.

Eine solche Perspektive bot die Friedensinitiative von Papst Benedikt XV. vom 1. August 1917. Wie oft bei Optionen, die nicht realisiert wurden, ist auch diese (fast) in Vergessenheit geraten. Selbst in Jörn Leonhards Standardwerk zum Ersten Weltkrieg aus dem Jahr 2014 findet sie auf nur knapp 1,5 Seiten (von insgesamt 1014 Seiten) Erwähnung.³ Dabei sind schon die zwei Quelleneditionen von Wolfgang Steglich zu den Reaktionen der Mittelmächte auf die päpstliche Initiative Indiz genug dafür, wie ernst die Initiative seinerzeit genommen wurde.

Machtpolitisch war der Vatikan spätestens seit der Aufhebung des Kirchenstaates 1870 ein Leichtgewicht. Umso mehr aber setzte Papst Benedikt XV. seit seiner Wahl im September 1914 darauf, sich als „Moralagent“ zu etablieren bzw. dem Papsttum „moralische

¹ Als „Epochenjahr der Weltgeschichte“ bezeichnete erstmals Karl Dietrich Erdmann das Jahr 1917, vgl. ders.: Gebhardt: Handbuch der deutschen Geschichte, 9. Aufl., Bd. IV/1, Stuttgart 1959, S. 116; Vgl. Herfried Münkler: Der Große Krieg. Die Welt 1914-1918, Berlin 2013, S. 619.

² Zitat aus Jörn Leonhard: 1917: Das unmögliche Jahr; ZEIT 19.1.2017.

³ Jörn Leonhard: Die Büchse der Pandora. Geschichte des Ersten Weltkriegs, München 2014, S. 802f.

Weltgeltung“⁴ zu verleihen. Dieser Investition in die „Moral“ kommt ein besonderes Gewicht zu, denn die Betrachtung der Julikrise 1917 unter dem Blickwinkel einer „Ökonomie der Moral“ kann ein Element sein, um zu erklären, warum die Chance zum Frieden vertan wurde. Dabei meint „Ökonomie der Moral“ die Aushandlungsprozesse von Werten und Normen in Gesellschaften, hier beispielhaft illustriert anhand der Frage, was der deutschen Gesellschaft der „Friede“ wert war.⁵

Im Folgenden soll erstens der militärische Kontext umrissen, zweitens die Initiative des Papstes in die Vorgeschichte der Friedensbemühungen eingeordnet werden, bevor drittens die Friedensinitiative in ihrer Genese skizziert wird. Schließlich wird im Rahmen der Frage nach den Ursachen ihres Scheiterns nach dem Wert von „Frieden“ – den langfristigen Denkstrukturen zum einen und den konkreten Diskursen um 1917 zum anderen – gefragt.

1. Der militärische Kontext

Wie es der Schlieffenplan vorgesehen hatte, waren die deutschen Soldaten im Sommer 1914 in Belgien einmarschiert. Allerdings waren sie auf ihrem Vormarsch durch Frankreich an der Marne steckengeblieben, womit der Kriegsplan, auf den die deutschen Militärs gesetzt hatten, schon im September 1914 gescheitert war. Ein öffentliches Eingeständnis schien umso weniger erforderlich, als es im Osten, den man eingangs zu „saktivieren“ bereit gewesen war, nach ersten Verlusten schnell besser aussah. Wegen der (schon Napoleon zum Verhängnis gewordenen) Weite des russischen Raumes aber glaubte die Oberste Heeresleitung (OHL) unter Falkenhayn nicht, im Osten eine Entscheidung erzwingen zu können. Anfang 1916 suchten sie eine Lösung an der Westfront: Die deutsche Offensive mündete in die großen Materialschlachten um Verdun und an der Somme und leitete eine neue Phase des Weltkriegs ein, in der Menschen wie Material regelrecht verheizt wurden. Sowohl die deutsche Offensive als auch die alliierte Gegenoffensive brachten keine Entscheidung. Für minimale Geländegewinne starben fast zwei Millionen Soldaten. Gleichzeitig geriet die Ostfront durch die Brussilow-Offensive vom Juni bis September 1916 in Gefahr. Zwar konnte die Front auch hier stabilisiert und durch die Einnahme Rumäniens, das im Windschatten des russischen Vormarsches den Mittelmächten den Krieg erklärt hatte, ein wichtiger Sieg errungen werden. Aber zum einen waren die Verluste sowohl unter den russischen als auch den österreichischen Truppen immens, und zum anderen war auch hier nirgendwo eine Entscheidung in Sicht.

⁴ Jörg Ernesti: Benedikt XV. Papst zwischen den Fronten, Freiburg 2016, S. 38.

⁵ Habbo Knoch und Benjamin Möckel: Moral History. Überlegungen zu einer Geschichte des Moralischen im „langen“ 20. Jahrhundert; in: Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History, Online-Ausgabe, 14 (2017), H.1, URL: <http://www.zeithistorische-forschungen.de/1-2017/id=5454>, Druckausgabe: S. 93-111. (12.10.2017).

Diese wollte die französische Kriegführung erzwingen, indem General Nivelle im April 1917 noch einmal alle Kräfte gegen die deutsche Westfront mobilisierte. Wieder zeigte sich, um wie viel leichter Stellungen zu verteidigen waren als einzunehmen. Massenhafte Meutereien erzwangen den Abbruch der Offensive und den Austausch des Oberbefehlshabers.

Die 3. OHL, die seit Ende 1916 von Ludendorff und Hindenburg geleitet wurde, war inzwischen überzeugt, dass der Schlüssel zum Sieg in England liegen würde, zumal dessen Blockade die Rüstungsindustrie Deutschlands zu beeinträchtigen begann. Zudem versetzte der durch die britische Seeblockade verschärfte Nahrungsmangel dem Burgfrieden weitere Risse.

In dieser Zeit kam es zu divergierenden Entwicklungen: Während einerseits die OHL durch den Entschluss, im Februar 1917 den uneingeschränkten U-Boot-Krieg wieder aufzunehmen, den Kriegsbeitritt der USA provozierte, nahmen andererseits auch die Bemühungen um einen Frieden eine neue Qualität an.

2. Friedensbemühungen

Im April 1917 erklärte der amerikanische Präsident Woodrow Wilson den Mittelmächten den Krieg. Bis dahin hatte er sich mehrfach für eine friedliche Lösung eingesetzt. Schon im Winter 1914/15 hatte Wilson seinen Vertrauten Oberst Edward M. House zu Sondierungsgesprächen nach London, Berlin und Paris entsandt – ohne irgendwo auf eine Kompromissbereitschaft zu treffen, die die Voraussetzung für einen Friedensschluss hätte sein können.⁶ Ende 1916 ergriff der Reichskanzler Bethmann Hollweg die Initiative und forderte am 12. Dezember in einer Rede vor dem Reichstag die Alliierten dazu auf, in Friedensverhandlungen einzutreten. Wilson – im November wiedergewählt zum Präsidenten – legte nach und rief die Kriegsparteien dazu auf, in einen „Meinungsaustausch über ihre Friedensbedingungen und Forderungen“ einzutreten.⁷ Während die Initiative bei den Bevölkerungen der neutralen Länder und selbst in England, Frankreich und Italien auf Wohlwollen stieß, lehnten die Regierungschefs Frankreichs und Englands mit der Begründung ab, der deutsche Vorschlag sei ein „Taschenspielermanöver“ und der Kanzler ein „Verbrecher“.

Im Frühjahr 1917 ergriffen die Sozialisten die Initiative. Nachdem die Zweite Sozialistische Internationale mit Kriegsbeginn auseinandergebrochen war, weil sich die Sozialisten auf die Seite ihrer jeweils nationalen Regierungen gestellt hatten, schien sie nach der Februarrevolution in Russland neues Leben zu entwickeln. So verständigten sich diverse Gruppen darauf, im neutralen Stockholm zu einer internationalen Konferenz zusammen-

⁶ Vgl. Henning Hoff: Friedensinitiativen; in: Enzyklopädie Erster Weltkrieg, Paderborn 2004, S. 510-512.

⁷ Vgl. Michael Salewski: Der Erste Weltkrieg, Paderborn 2003, S. 221.

zukommen.⁸ Der Versuch, über diese Konferenz Druck auf die nationalen Regierungen auszuüben, um sie zu einem Friedensschluss zu zwingen, war nicht von Erfolg gekrönt. Erstens, weil die Sozialisten doch zu uneins waren, zweitens, weil die Alliierten ihre Sozialisten gar nicht erst teilnehmen ließen.

Die deutschen Sozialisten, denen die deutsche Regierung aus Furcht vor inneren Unruhen und einem Imageschaden die Reise erlaubt hatte, stellten sich in Stockholm hinter die Forderung einer Friedenslösung ohne Annexionen und ohne Kontributionen.⁹ Im Juli 1917 konnten sie auf dieser Basis im Deutschen Reichstag vereint mit Zentrum und Fortschrittlicher Volkspartei eine Friedensresolution beschließen, die Gebietsabtretungen ausschloss und einen Verständigungsfrieden anstrebte. Zugleich aber hieß es, dass das „deutsche Volk wie ein Mann zusammenstehen“ und unerschütterlich weiter kämpfen werde, solange die feindlichen Regierungen Deutschland mit „Eroberung und Vergewaltigung bedrohen“.

Die Resolution hatte zwei Nachteile. Innenpolitisch war sie umstritten, außenpolitisch wurde sie – auch weil der Status der Parlamentarier im Verfassungsgefüge des Kaiserreichs unklar war – nicht ernst genommen. Umso gewichtiger war aus Sicht der Mittelmächte die Friedensinitiative des Papstes vom 1. August 1917. Sie wurde von einer neutralen Institution vorgetragen, entsprach aber inhaltlich durchaus der Friedensresolution des Reichstags. Sie markiert den Scheitelpunkt jener Monate von Juni bis Oktober 1917, die die letzten waren, in denen es „vielleicht – möglich gewesen wäre, den Frieden durch europäische Initiativen allein wiederherzustellen“.¹⁰

3. Die Friedensinitiative von Papst Benedikt XV.: Genese

Giacomo della Chiesa war am 3. September 1914 zum Papst gewählt worden. Dass die Wahl des Konklaves auf den gänzlich uncharismatischen 60-jährigen Erzbischof von Bologna fallen würde, war überraschend. Vermutlich waren angesichts des Weltkriegs seine Kompetenzen gefragt: Benedikt XV., wie der neue Papst sich nannte, war Jurist und Diplomat.

Mit einer Doppelstrategie setzte der Papst sich seit Beginn seines Pontifikats für den Frieden ein. Zum einen ließen seine Verlautbarungen keinerlei Zweifel daran, dass er den Krieg verurteilte und erwartete, dass die Verantwortlichen einlenkten. Zum anderen suchte er weitgehend unbemerkt von der Öffentlichkeit nach diplomatischen Kanälen, um direkten Einfluss zu nehmen. Dafür war es wichtig, neutral zu bleiben, was in Anbetracht

⁸ Leo Haupt: Die Reichsleitung und das Projekt der Friedenskonferenz der II. Internationale in Stockholm im Frühjahr und Sommer 1917. Der ungangbare Weg zum Frieden; in: Wolfram Pyta und Ludwig Richter (Hg.): Gestaltungskraft des Politischen. Festschrift für Eberhard Kolb, Berlin 1998, S. 29-53.

⁹ Zur Dokumentation vgl. die Sammlungen von Michael Glass zum Stockholmer Friedenskongress <https://socialhistoryportal.org/stockholm1917> (06.11.2017).

¹⁰ Salewski, S. 258.

des prekären Verhältnisses zum italienischen Staat nicht einfach war. Als dieser – entgegen der Appelle des Papstes – im Mai 1915 auf Seiten der Entente dem Krieg beitrug, wurden die am Vatikan akkreditierten Gesandten Österreichs, Bayerns und Preußens aus Italien ausgewiesen und wichen in die Schweiz aus.

Dass seine Stimme nicht Gehör finden würde, sollte er als Parteigänger der Mittelmächte gelten, war dem Papst klar. Insofern kam es auf die Wahrung strikter Neutralität an, was auch hieß, die Deutschen auf Distanz zu halten, die bereitwillig Hilfe signalisierten, je mehr der italienische Staat dem Vatikan zusetzte. Außerdem galt es, den richtigen Moment abzupassen. Anfang 1916, als beide Seiten vom baldigen Sieg noch überzeugt waren, schien es zwecklos, eine Friedensvermittlung anzubieten.¹¹ Ende 1916 hatte sich die Situation verändert: Als sowohl die preußische als auch die österreichische Regierung den Vatikan baten, die Friedensinitiative Bethmann Hollwegs zu unterstützen, drängte der Papst die Entente, die Initiative mit Wohlwollen aufzunehmen. Zugleich beschwor er die Mittelmächte, „Friedensbedingungen bekannt zu geben, die annehmbar oder wenigstens diskussionswürdig sind“. Aus der Position der Stärke heraus, in der sich die deutsche Kriegführung nach dem Sieg über Rumänien wähnte, wollte Berlin keine Zugeständnisse machen. Erst als sich im Sommer 1917 abzeichnete, dass auch die Hoffnung auf ein schnelles Niederringen Großbritanniens im uneingeschränkten U-Boot-Krieg trog, schien der Moment für eine päpstliche Initiative gekommen zu sein.¹²

Die französischen und britischen Truppen waren erschöpft, der österreichische Kaiser Karl wollte nichts als Frieden. Sowohl er als auch Matthias Erzberger argumentierten mit den konkurrierenden Sozialisten. Als der neue Nuntius Eugenio Pacelli – der spätere Papst Pius XII. – Ende Mai 1917 nach München kam, wurde der Zentrumspolitiker, der Pacelli nicht nur mit Berichten, sondern auch mit einem nagelneuen Benz beglückte, zum entscheidenden Scharnier zwischen der vatikanischen und der deutschen Politik.¹³ In dem Briefwechsel zwischen Pacelli und Kardinalstaatssekretär Gasparri fiel – vom Papst selbst abgesehen – kein anderer Name so oft wie der von Erzberger.¹⁴ Dieser war von der Notwendigkeit und Erfolgsperspektive einer päpstlichen Friedensinitiative überzeugt – und trug das Seine dazu bei, dass diese kam, aber auch, – tragischerweise – dass diese scheiterte.

¹¹ Ernesti, S. 120.

¹² Noch im Februar hatte der Nuntius in München, Guiseppa Aversa, eine Friedensinitiative wegen der bevorstehenden französischen Offensive als nicht erfolgversprechend abgelehnt, vgl. Hubert Wolf: Matthias Erzberger, Nuntius Pacelli und der Vatikan. Oder warum der Kirchenstaat nicht nach Liechtenstein verlegt wurde, in: Matthias Erzberger: Ein Demokrat in Zeiten des Hasses, hrsg. vom Haus der Geschichte Baden-Württembergs, Karlsruhe 2013, S. 134-157, S. 151.

¹³ Vgl. u.a. Hubert Wolf: Der Papst als Mediator? In: Gerd Althoff (Hg.): Frieden stiften. Vermittlung und Konfliktlösung vom Mittelalter bis heute, Darmstadt 2011, S. 167-220.

¹⁴ Wolf, Erzberger, S. 140.

Im Juni ließ Erzberger den Nuntius wissen, dass der Kaiser eine päpstliche Friedensinitiative begrüßen würde.¹⁵ Vier Tage später legte er nach: Auch „deutsche und österreichische Katholiken (würden) auf eine Friedensaktion des Heiligen Stuhls hoffen“.¹⁶ Selbst der österreichische Außenminister habe angemahnt, dass „die `schwarze Internationale` mit einer Friedensaktion nicht zögern dürfe“. Ende Juni reiste Pacelli nach Berlin zu Bethmann Hollweg und von dort weiter nach Bad Kreuznach ins kaiserliche Hauptquartier. Offenbar stellte Bethmann Hollweg immerhin – unter gewissen Bedingungen – die Unabhängigkeit Belgiens in Aussicht, im Übrigen hielt sich die Konzessionsbereitschaft in Grenzen. Womöglich sollte diese durch Erzbergers Rede vor dem Hauptausschuss des Deutschen Reichstags am 6. Juli vergrößert und damit der päpstlichen Initiative der Weg bereitet werden.

Diese Rede löste solche Unruhe aus, dass die Zusammenkunft als „Paniksitzung“¹⁷ in die Historiographie einging. Schonungslos legte Erzberger offen, dass der U-Boot-Krieg nicht die erhofften Erfolge gebracht habe, und mahnte eine Friedensresolution an, die dem Ausland den Friedenswillen Deutschlands illustrieren und die Sozialisten sowohl in die Schranken weisen als auch integrieren sollte. Tatsächlich mündete sein Vorstoß in die erwähnte Friedensresolution vom 19. Juli. Es war aber ein Pyrrhus-Sieg. Indem Erzberger dazu beitrug, den Kanzler (als Symbol des undemokratischen Deutschland) zu stürzen, beraubte er sich zugleich des einzig möglichen Mitspielers für die päpstliche Friedensinitiative innerhalb der Regierung. Der neue Kanzler Georg Michaelis sah sich an die Zusicherung der Souveränität Belgiens nicht gebunden. Gleichwohl setzte der Vatikan auf den Erfolg seiner Friedensnote, die als „Apostolisches Mahnschreiben – rückdatiert auf den symbolischen 1. August 1917 – in der zweiten Augustwoche den Oberhäuptern der kriegführenden Länder zugestellt wurde.

Die Initiative des Papstes entsprach nicht nur in weiten Teilen der Friedensresolution des Reichstags. Sie sollte auch bemerkenswerte Parallelen mit den vierzehn Punkten aufweisen, die Wilson am 8. Januar 1918 vorstellen würde. Wie später der amerikanische Präsident zeigte der Papst nicht nur Wege aus dem Krieg auf, sondern entwarf eine dauerhafte Friedensordnung. Gefordert wurden a) eine beiderseitige Abrüstung auf ein Niveau, das zur Garantie einer öffentlichen Sicherheit nötig sei, b) die Einsetzung eines internationalen Schiedsgerichts, das Streitfälle entscheiden und Zuwiderhandlungen sanktionieren könne und c) die Freiheit von Verkehrs- und Seewegen zur Sicherung von Wohlfahrt und Fortschritt. Auf Kontributionen sollte verzichtet und alle besetzten Territorien geräumt

¹⁵ Pacelli an Gasparri vom 06. Juni 1917, Ausfertigung; in: Kritische Online-Edition der Nuntiaturberichte Eugenio Pacellis (1917-1929), Dokument Nr. 4491, URL: www.pacelli-edition.de/Dokument/4491 (18.4.2017).

¹⁶ Pacelli an Gasparri vom 10. Juni 1917, Ausfertigung; in: Kritische Online-Edition der Nuntiaturberichte Eugenio Pacellis (1917-1929), Dokument Nr. 362, URL: www.pacelli-edition.de/Dokument/362 (18.4.2017).

¹⁷ Wolfgang Steglich: Einleitung; in: Die Verhandlungen des 2. Unterausschusses des parlamentarischen Untersuchungsausschusses über die Päpstliche Friedensaktion von 1917. Aufzeichnungen und Vernehmungsprotokolle, hrsg. von Wolfgang Steglich, Wiesbaden 1974, S. IX-XIV, S. XIII.

werden, d.h. die Deutschen sollten Belgien und Frankreich freigeben, würden aber ihrerseits die Kolonien zurückerhalten. Bei der konkreten Regelung territorialer Streitfragen sollten die „Sonderinteressen dem Gesamtwohl der großen menschlichen Gesellschaft“ angepasst werden. Trotz der Übereinstimmungen scheiterte die Initiative.

4. Ursachen für das Scheitern – und eine „Ökonomie der Moral“

Die Amerikaner stießen sich in ihrer Antwortnote vom 27. August 1917 bezeichnenderweise nicht am Inhalt der Note, sondern weigerten sich, überhaupt mit Deutschland zu verhandeln, das heimtückisch planen würde, die Welt zu erobern, und den Kontinent in ein Meer von Blut verwandelt hatte.¹⁸ Deutschland wurde zu einem „Reich des Bösen“ stilisiert, das erst in eine Demokratie verwandelt werden müsse, bevor Gespräche geführt werden könnten. Damit war die internationale Reaktion vorgeprägt. Frankreich verzichtete auf eine Antwort, Belgien und England ließen sich nicht zuletzt von Italien zu einer Ablehnung drängen. Italien wollte den Papst nicht aufgewertet wissen, was auch darin zum Ausdruck kam, dass sich die Regierung vor dem Eintritt in den Krieg von den Entente-Mächten zusagen ließ, der Papst werde von eventuellen Friedensverhandlungen ausgeschlossen. Allgemein hieß es, erst müsse Deutschland die Souveränität Belgiens zusichern. Die Reichsregierung wollte dagegen diesen Trumpf nicht schon vor den Verhandlungen aus der Hand geben.

Als Berlin schließlich am 20. September offiziell reagierte, waren die Formulierungen – entgegen aller vatikanischen Bemühungen, konkrete Zusagen mit Blick auf Belgien zu erlangen – so vage, dass Pacelli am 23. September sein Scheitern eingestand. „Ich bin ganz mutlos“, begrüßte er Erzberger in der Nuntiatur. „Die Friedensinitiative ist gescheitert.“ Für ihn war klar: „Die deutsche Regierung trägt die Schuld.“¹⁹

Wer aber diese Entscheidung nur einzelnen Akteuren, etwa Reichskanzler Michaelis, ankreiden wollte, der greift in der Suche nach den Ursachen zu kurz. Michaelis agierte selbst innerhalb eines gesellschaftlichen Spannungsgeflechts, das bestimmte, wieviel der „Friede“ im Allgemeinen und im Konkreten überhaupt „wert“ war bzw. was die – wie es in der Papstschrift hieß – „moralische Macht des Rechts“ gegenüber der „Waffengewalt“ galt.

Innerhalb der europäischen Gesellschaften fanden sich divergierende Wertsysteme, die in diesen kritischen Monaten diskursiv und praktisch um Deutungshoheit rangen. Idealtypisch lassen sich dabei a) christliche Muster der Nächstenliebe, b) humanistisch-pazifistische Ideale und c) der militaristisch-realpolitischer Ansatz unterscheiden, die sich bei Gruppen, Institutionen und Individuen in spezifischen Mischungsverhältnissen wiederfanden. Das Leitwort des ersteren war „Liebe“, der Oppositionsbegriff, gegen den anzu-

¹⁸ Vgl. http://www.american-presidents.org/2014_04_13_archive.html (06.11.2017).

¹⁹ Aktennotiz Erzbergers über Besprechung mit Pacelli vom 23.9.1917; zitiert in: Wolf, Erzberger, S. 153.

gehen war, war der „Hass“. Dem positiv gewerteten „Frieden“ wird der Oppositionsbegriff „Krieg“ gegenübergestellt und mit pejorativen Adjektiven belegt.

Es dürfte schwer sein, im frühen 20. Jahrhunderts Texte zu finden, die dem ersten Idealtypus so entsprachen wie die päpstlichen Schreiben während des Ersten Weltkriegs. So wurde der Frieden schon dadurch als Höchstwert ausgezeichnet, dass er mit Christus selbst, dem „Friedensfürsten“ oder „König des Friedens“ verknüpft wurde. Der im militaristischen Diskurs üblichen Glorifizierung des Krieges als „Stahlbad“ setzte Benedikt das „Blutbad“ entgegen. Der Krieg war hier nicht – wie in der Legimitation der kriegführenden Nationen – der heroische Kampf gegen Feinde zur Verteidigung von Kultur oder Zivilisation, sondern ein „Gemetzel“, ein „Bruderkrieg“ oder gar der „Selbstmord (...) des zivilisierten Europa“. Der Krieg war demgemäß laut Benedikt XV. ein Verbrechen, während Barmherzigkeit und Friedensliebe die höchste Ehrung erfuhren.

Eine Ursache für die Ablehnung der päpstlichen Initiative dürfte darin liegen, dass nur wenige mit dieser Normen- und Wertehierarchie übereinstimmten. Benedikt XV. war ein einsamer Rufer in der Wüste. Welch geringen Stellenwert der Friede im Kontext der Zeit genoss, ist auch am Schicksal des Pazifismus abzulesen. Bis auf wenige Mitglieder religiöser Splittergruppen hatten sich zu Beginn des Krieges die bürgerlichen Mitglieder internationaler Friedensassoziationen zu glühenden Patrioten gewandelt.

Martin Ceadel geht davon aus, dass der Grad an Pazifismus eines Landes abhängig ist von dessen geopolitischem Sicherheitsgefühl und seiner politischen Kultur.²⁰ So hatte die Friedensbewegung in Großbritannien eine relativ große, im Deutschen Kaiserreich gar keine Lobby. Die Bedrohungswahrnehmung zum einen und der ausgeprägte Militarismus zum anderen ließen ihr keinen großen Raum. Allerdings wurden so manche im Laufe des Krieges zu „Vernunftpazifisten“, die schon deshalb den Frieden wieder schätzten, weil der Krieg keine sinnvolle Perspektive zu bieten schien. Zu diesen gehörte im Sommer 1917 auch Bethmann Hollweg. Für vernünftig aber hielt Bethmann Hollweg es jetzt einzusehen, dass – wo „eine völlige militärische Niederwerfung unserer Gegner ausgeschlossen sei“ – schon die „unversehrte Selbstbehauptung Deutschlands“ ein Gewinn wäre. Die Generalität, die im Juni 1917 immer noch an eine Niederzwingung Englands durch die U-Boote glaubte, bezeichnete der engste Mitarbeiter des Kanzlers als „Exemplare der Provinzialirrenanstalt“, „blind und von Gott geschlagen.“²¹ Auch wenn erkennbar war, dass der Kaiser von diesen Militärs „reaktionär bombardiert“ wurde, ging Bethmann Hollweg wohl noch im Juni 1917 davon aus, dass es gelingen werde, „in dem Augenblick, wo eine greifbare Friedensmöglichkeit vorliegt, und ich damit komme, beim Kaiser alles durchzu-

²⁰ Martin Ceadel: *Pacifism*; in: *The Cambridge History of the First World War*, Bd. 2: *The State*; Cambridge 2014, S. 576-605, S. 578.

²¹ Kurt Riezler: *Tagebucheintrag vom 9.6.1917*; in: *ders.: Tagebücher, Aufsätze, Dokumente*, hrsg. von Karl Dietrich Erdmann, Göttingen 1972, S. 436.

setzen.“²² Eine solche Friedensmöglichkeit galt als der einzige Ausweg aus der „unsagbar grauenhaften Lage“.²³ „Aber“, so fragte Anfang Juni 1917 dessen Sekretär, „woher nehmen?“²⁴

Jetzt, im August 1917, lag mit der päpstlichen Friedensinitiative diese Möglichkeit vor – aber der Kanzler war abgesetzt. War es schon ihm nicht geglückt, seine „Moral der Vernunft“ gegen den „Wahnsinn“ der OHL auszuspielen, so gelang dies seinen Nachfolgern umso weniger. Denn der Glaube der Militärs an den Siegfrieden war nur kurzfristig im Juli 1917 erschüttert gewesen. Schon am 2. September schwadronierte Ludendorff wieder von dem „herrlichen Geist“, der die Armee beseele, und beschwor die „letzten schönen Waffenerfolge“, die „zu den besten Hoffnungen“ berechtigen würden. Er ließ sich nicht von der Friedensethik des Papstes leiten, sondern von einer militärischen Moral, die Erfolge nicht nach der Liebesethik oder einer „Moral des Rechtes“, sondern nach der Durchsetzungsfähigkeit der Waffen bemisst. Die Moral der „Stärke“ hat für „Schwäche“ nur Verachtung übrig. Für das Aufdecken militärischer Schwäche durch die Rede am 6. Juli wurde Erzberger von den Anhängern Ludendorffs, die sich in der jetzt gegründeten Deutschen Vaterlandspartei gegen den „Verzichts“- oder „Judenfrieden“ formierten, als Verräter beschimpft.

Mit dieser Moral-Gemeinschaft der Militaristen (in Anlehnung an den Begriff der „emotional communities“ würde ich von „moral communities“ sprechen) ist eine große Gruppe erfasst. Aber vielleicht lässt sich der geringe Stellenwert, der dem Frieden in weiten Teilen Europas zukam, am ehesten dann erkennen, wenn jene Großgruppe in den Blick genommen wird, auf die die Rhetorik Benedikts XV. als erstes hätte wirken müssen: die Katholiken. Beklemmend ist es zu beobachten, wie verhalten der Klerus auf die Friedensresolution reagierte, allen voran die Bischöfe. Benedikts Friedensmoral war mit dem nationalen Katholizismus der Bischöfe nicht in Deckung zu bringen, der die Kriegführung legitimierte und die Soldaten mobilisierte, der den Krieg mit Sinn ausstattete und der Trauernde mit Transzendenz tröstete. Dies galt europaweit. Nicht dem Papst fühlten sich die Bischöfe verpflichtet, sondern ihrer Nation.

„Heiliger Vater“, so wies der Dominikaner Antonin-Gilbert Sertillanges, ein bekannter Professor für Moralphilosophie, im November 1917 mit ausdrücklicher Billigung des Pariser Kardinals Léon-Adolphe Amette die päpstliche Initiative zurück, „wir können Ihren Friedensappell in diesem Augenblick nicht unterstützen.“ Als Franzosen wollten die Bischöfe keinen Verständigungsfrieden, sondern einen „französischen Frieden“: Nach dem Sieg der Waffen.

²² Zitiert bei Haupts, S. 39.

²³ Riezler, Tagebücher, S. 437.

²⁴ Ebd.

Hätten sich die Katholiken aller kriegführenden Länder zusammen mit der bürgerlichen Friedensbewegung und den pazifistischen Sozialisten stärker für die päpstliche Friedensinitiative engagiert – sie hätten womöglich die Oberhand im Kampf um die Moral-Hegemonie gewinnen können. Sie taten es nicht, weil ihre Wertvorstellungen zu sehr vom nationalen Militarismus geprägt waren. Insofern geht es nicht um pure Kontingenz oder das Scheitern Einzelner. Die Verantwortung für das Scheitern der Friedensnote lässt sich auf viele Schultern verteilen.

Fazit

1. Will man die Schuldfrage stellen, ähnelt das Ergebnis frappierend der Situation zu Beginn des Krieges: Die deutsche Regierung war erheblich für das Scheitern der Friedensinitiative verantwortlich, aber trägt sicherlich nicht die alleinige Schuld.
2. Methodisch wurde beispielhaft gezeigt, wie die europäische Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts als komplexe, transnationale Verflechtungsgeschichte unter Einbeziehung der USA betrachtet und analysiert werden kann.
3. In der Verknüpfung von Religions-, Emotions- und Politikgeschichte liegt viel Potential für eine „moral history“. Es gilt, politische Akteure an die „moralischen“ tiefergehenden Denkstrukturen rückzukoppeln und so Struktur- und Ereignisgeschichte neu zu verbinden.
4. Konkret ließ sich hier zeigen, dass die kollektiven Konflikt dispositionen doch schwerer wogen als die Friedensbemühungen Einzelner. Noch gab es eben keinen Frieden. Nirgends.

AUTORIN

Birgit Aschmann ist seit April 2011 Professorin für Europäische Geschichte des 19. Jahrhunderts an der Humboldt-Universität zu Berlin. Sie ist Mitglied im Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK).

ANSPRECHPARTNERIN

Dr. Karlies Abmeier
Leiterin Team Religions-, Integrations- und Familienpolitik
Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
Hauptabteilung Politik und Beratung
Klingelhöferstr. 23
10785 Berlin
E-Mail: karlies.abmeier@kas.de
Tel.: 030 269 963 374

**IN DER REIHE „MONITOR RELIGION UND POLITIK“ SIND 2016/2017
ERSCHIENEN**

Welcher Islam gehört zu Deutschland?

Die Orthodoxe Kirche in Deutschland und die Vorbereitungen des Großen und Heiligen Konzil

Religiöse Pluralisierung in Deutschland: Das anatolische Alevitentum im Transformationsprozess

Ein Islam europäischer Prägung

Pluralisierung – Chance und Herausforderung. Zur Situation der jüdischen Gemeinden in Deutschland

Das panorthodoxe Konzil 2016 und die moderne Welt

Baptismus als Teil der Reformationsgeschichte und ihr Einsatz für Religionsfreiheit

Orthodoxie und Menschenrechte

Was bedeutet Religionsfreiheit heute?

Erinnern – ein biblisches Gebot. Beitrag zur Gedenkkultur aus jüdischer Sicht

Die Deutsche Evangelische Allianz und ihr Beitrag zur politischen Debatte

Wenn Sie regelmäßig den Monitor Religion und Politik zugeschickt bekommen möchten, wenden Sie sich bitte an Dr. Karlies Abmeier (karlies.abmeier@kas.de).